

# ARBEITERMACHT

Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse

September 1936

Preis 10 g

## NICHT KLEINBÜRGERLICH-RADIKALE SONDERN PROLETARISCH-REVOLUTIONÄRE POLITIK!

Die Steyr-Werke zahlen 10 S Dividende für ihre, auf 150 S lautende, Aktie. Ausserdem bekommt jeder Aktionär für jede Aktie 50 S dazu. 60 S Gewinn für je 150 S: vierzig Prozent Profit streichen die Steyr-Kapitalisten ein! Alle Aktiengesellschaften zahlen Dividenden, jauchzt die bürgerliche Presse. Der Grosskapitalist Böhler, der Präsident des Niederösterreichischen Gewerbevereines, erhebt darüber im Leitartikel des NWT (16. 8.) hellen Jubel. So nebenberühmt er mit höchster Befriedigung "die allgemeine, sehr wesentliche Erhöhung der Arbeitsintensität". Direkter Raub am Reallohn, die Arbeitermassen immer tiefer drückend unter die Hungergrenze, die Mittelmassen in Stadt und Dorf bis auf die Knochen plündernd, unter dem Schutz des "autoritären, christlichen Staates" planmässig bewusst, unausgesetzt, unter allen möglichen Formen vorgetrieben, münzt sich dieser Raubfeldzug um in goldene, kapitalistische Riesenprofite.

Die Kosten des Krieges - mit Hilfe der Sozialdemokratie vermochte die Bourgeoisie sie auf die Massen zu wälzen. Die Kosten der Krise - mit Hilfe der SP, der die Stalinpartei den Rücken deckte, vermochte die Bourgeoisie sie den Massen aufzuhalsen. Einander in die Hände spielend, führten die "Sozialistische" und die "Kommunistische" Partei die Massen in die Feberkatastrophe und öffneten eben dadurch Tor und Tür der schrankenlosen Rauboffensive der Kapitalistenklassen gegen Arbeiter- und Mittelklasse. 2 1/2 Jahre scheinrevolutionären Getues von SP(RS)/KP haben daran nicht nur nichts geändert, sondern tatsächlich dem Faschismus Vorspann geleistet. Mit dem deutsch-österreichischen Uebereinkommen vom 11. Juli beginnt das Heranziehen des National"sozialismus", beginnt der faschistische Kurs der österreichischen Bourgeoisie. Die Rauboffensive gegen die Arbeiter- und Mittelmassen noch mehr zu steigern, ist der wirtschaftliche Sinn dieser Wendung.

Was tun demgegenüber SP(RS)/KP? Mit dem Mund schreien sie: es gilt, die national"sozialistische" Diktatur, die Gleichschaltung mit Hitlerdeutschland, aber auch die Habsburgerrestauration zu verhindern! - praktisch setzten sie ihre auf Zusammenarbeit mit Klassenfeinden des Proletariats, mit Teilen der Kapitalistenklasse, ausgerichtete Verratspolitik weiter fort. Sie führen die Massen von einer Niederlage zur andern und leben von lauter Ausreden. In vollem Umfang gilt von ihnen, was Marx vom kleinbürgerlichen Demokraten sagt: "Jedenfalls geht er ebenso makellos aus der schmächtigsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neu gewonnen Ueberzeugung, dass sie siegen muss; nicht, dass er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, dass die Verhältnisse im entgegenzureifen haben".

### I. Das wirkliche Ziel von SP(RS)/KP.

Man muss aus dem, zum Täuschen der Massen bestimmten, scheinradikalen Phrasengebimmel der beiden Parteien deren wirkliche Ziele herauschälen.

Oesterreich eingliedern in die imperialistische Front Frankreichs.  
diesem Ziel unterordnet die KP alles, dafür ist sie bereit, die österrei-

2

chischen Arbeiter- und Mittelmassen jeden Preis zahlen zu lassen. Zu diesem Zweck steuert sie unter der Losung "Für die demokratische Republik!" auf eine autoritäre schwarz-rote Koalition hin, auf ein Bündnis mit einem Teil des heutigen Regimes. Das beweist die RS in ihrer Broschüre "Das Uebereinkommen Hitler- Schuschnigg und die Aufgaben der österreichischen Arbeiterbewegung" schlagend (Seite 21). Ja, für die Einreihung Oesterreichs in die französisch-imperialistische Front ist die Stalinpartei nötigenfalls bereit, das ganze autoritär-christliche Regime, ja jede beliebige Form der offenen kapitalistischen Diktatur zu schlucken, zu dulden, aktiv zu unterstützen, ihr die Arbeiter- und Mittelmassen auf die imperialistische Schlachtbank und zur schrankenlosen Ausbeutung im Betrieb und auf dem Markt auszuliefern.

Dagegen ist das oberste Ziel der SP(RS), einen "Anteil an der (kapitalistischen) Macht (und Schlüssel)" zu erringen, sei es auch zunächst nur in der bescheidenen Form einer "schrittweisen Demokratisierung des öffentlichen Lebens" (RS-Broschüre, S. 25). Sie will mit dabei sein beim kapitalistischen Beherrschen, Ausbeuten, Verdummen der Massen. Da der National"sozialismus", das ist der Faschismus, einen solchen Anteil der SP(RS) grundsätzlich verweigert, ist die SP(RS) gegen den Faschismus, also auch gegen jene, die, wie das gegenwärtige Regime in Oesterreich zum Faschismus tendieren. Aus demselben Grunde ist die SP(RS) für die Front des französischen Imperialismus, für das Einreihen Oesterreichs in diese imperialistische Front.

Die letzten wirklichen Ziele der beiden kleinbürgerlichradikalen Parteien sind also nicht vollkommen indentisch. Es bestehen nationale Differenzen unter ihnen, die in der Tat auch die Wurzeln sind ihrer Spannungen. Die Stalinpartei ist rein russischnationalistisch - die SP(RS) ist rein österreichischnational, sie leidet sozusagen an verhindertem österreichischem Patriotismus; es ist nicht ihre Schuld, dass sie ihren ehrlich kapitalistischen Patriotismus nicht ebenso begeistert betreiben kann wie 1914-18, und sie kämpft einen wahren Kampf darum, zu solch kapitalistisch-patriotischer Betätigung von der Bourgeoisie wieder zugelassen zu werden.

In dem politischen M i t t e l aber, womit sie nach ihren, sich nicht ganz deckenden, wirklichen Zielen ringen, stimmen SP(RS)/KP überein: beide Teile streben an, Kämpfen zur Verwirklichung ihrer Hauptziele um das Bündnis mit einem Teil des kapitalistischen Klassenfeindes der Arbeiter.

## II. Welche Verbündete sucht die SP(RS)/KP?

Den wirklichen Zielen der SP(RS)/KP steht als prinzipieller Feind der Faschismus (National"sozialismus") gegenüber, auf dessen Linie die bisher bonapartistische Bourgeoisie in Oesterreich mit dem deutsch-österreichischen Uebereinkommen überzugehen begonnen hat. Diese, den beiden kleinbürgerlichradikalen Parteien grundsätzlich feindselige, faschistische Politik wird von der gesamten Kapitalistenklasse getragen unter Führung der Monopolbourgeoisie mit den ob ihrer Not verzweifelten, wütenden, von SP/KP schwer enttäuschten Mittelmassen in Stadt und Dorf als Reserve. Die sozialdemokratisch-stalinsche Bündnispolitik geht nun darauf aus, aus der kapitalistisch-faschistischen Front gewisse kapitalistische Schichten (die Gross- und Mittelbauern, die Mittel- und Kleinkapitalisten), mit einem Wort die Linksbourgeoisie zu lösen und zum Bündnis mit der SP(RS)/KP zu gewinnen, wobei zugleich die Mittelmassen mit herüber gezogen werden sollen. Mit diesen kapitalistischen Schichten wollen sie zusammen "eine Regierung aller Schichten des arbeitenden Volkes" bilden, eine "Volks"-regierung, eine "Volks"frontregierung.

Die faschistische Diktatur plündert in erster Linie die Arbeiterklasse aus, in zweiter Linie die Mittelklasse, in dritter Linie aber auch die schwächeren kapitalistischen Schichten. Das widerspiegelt sich in Spannungen, ja Differenzen zwischen linker und rechter Bourgeoisie, die mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Diktatur wachsen müssen. Ebenso, wie mit der fortschreitenden faschistischen Offensive der Monopolbourgeoisie deren kleinbäuerliche, kleinbürgerliche Reserven immer mehr enttäuscht, abgestossen und schliesslich wieder der Arbeiterklasse ange-nähert werden müssen. (Diese Schichten waren dem Proletariat 1918/19 sehr nahe, wurden jedoch durch den Verrat der SP, durch das Versagen der noch jungen, unerfahrenen KP, dann durch den Verrat der Stalinpartei schwer enttäuscht und wieder in die Arme der Bourgeoisie zurückgestossen).

Die Differenzen zwischen Linksbourgeoisie und Monopolbourgeoisie bestehen wirklich und müssen von der Arbeiterklasse ausgenützt werden. SP(RS)/KP streben dies an durch Herstellen des Bündnisses mit den links-bürgerlichen Schichten. Das ist vom kleinbürgerlichen Standpunkt dieser kleinbürgerlichradikalen Parteien durchaus zulässig und verständlich, denn zwischen den kleinbürgerlichen Schichten und der bereits verkleinbürgerlichten sozialdemokratisch-stalinschen Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie gibt es in der Tat viele gemeinsame Interessen - dagegen vom proletarischen Klassenstandpunkt ist diese Bündnispolitik Verrat an der Arbeiterklasse, weil diese ( in den entwickelten kapitalistischen Ländern) keine wie immer gearteten gemeinsamen, auch nur vorübergehend gemeinsamen Interessen mit kapitalistischen Schichten hat, seien diese auch links-kapitalistisch.

### III. Mit welchen Schichten darf das Proletariat Bündnis schliessen, mit welchen nicht?

Solange die SP eine proletarische Partei war, hat sie über diese entscheidend wichtige Frage so gedacht:

"Die Bauernschaft spaltet sich in zwei Lager, eines der proletarischen (der Zwergbauernschaft) und eines der besitzenden Elemente. Unsere Aufgabe ist es, diesen Spaltungsprozess zu beschleunigen, indem wir die ersteren Elemente über ihre mit den proletarischen übereinstimmenden Interessen aufklären und dadurch der Sozialdemokratie zuführen. Wir hemmen ihn aber, wenn wir ihn ignorieren und uns an die ganze Landbevölkerung ohne Unterschied der Klasse wenden.... Der Mittel- und Grossbauer hasst die Sozialdemokratie schon deswegen, weil sie dafür kämpft, dass die Arbeiter kürzere Arbeitszeit und höheren Lohn erlangen". So schrieb Karl Kautsky im Jahre 1902 in seiner Schrift "Sozialreform und Soziale Revolution", 2. Auflage, Seite 35 und führt darin aus, dass dieselbe Zweiteilung mit geringen Abänderungen auch vom Kleinbürgertum gilt.

Haben sich die Gross- und Mittelbauern, die Mittel- und Kleinkapitalisten seither geändert? Nein, sie sind höchstens noch kapitalistischer geworden, als sie es damals schon waren. Aber die SP, die Stalinpartei haben sich geändert: sie sind kleinbürgerlichradikale Parteien geworden. Heute suchen sie das Bündnis mit den "Bauern", dem "Gewerbebund", den "Kaufleuten, Gewerbetreibenden", worunter nicht nur gemeint sind die armen Bauern, das sind die Kleinbauern, sondern auch die Mittel- und Grossbauern, die Knechte und Mägde ausbeuten; worunter sie nicht nur meinen die armen Kleinbürger, die Kleingewerbetreibenden, die Kaufleute, sondern auch die Klein- und Mittelkapitalisten, die Lohnarbeiter ausbeuten. Die Stalinpartei sucht sogar das Bündnis mit dem "politischen Katholizismus", liess: Klerikalismus - und die SP(RS) ebenfalls, nur verlangt diese,

4

dass die Kirche ihr Bestreben, sich mit Hitler zu verständigen, aufgeben müsse... SP( RS)/KP wollen also an der kapitalistischen Herrschaft, Ausbeutung, Massenverdummung teilnehmen, nur wünschen sie, dass dieses möglichst in demokratischen Formen abgewickelt werde.

Die Arbeiterklasse kann und muss Bündnis schliessen mit dem Halbproletariat (Zwergbesitzern, Häuslern, Keuschlern, Zwergpächtern, die, um ihr kärgliches Leben zu fristen, gezwungen sind, sich zur Hälfte als Lohnarbeiter zu verdingen) und mit den armen Mittelmassen, das ist mit den Kleinbauern (Kleinpächtern), Kleinbürgern, die keinen Lohnarbeiter ausbeuten, sondern nur von eigener und ihrer Familienangehörigen Arbeit leben. Mit diesen Schichten, diesen echten Mittelschichten hat die Arbeiterklasse viele gemeinsame Interessen.

Dagegen die Mittel- und Grossbauern, die Klein- und Mittelkapitalisten (die grösseren Gewerbetreibenden, die grösseren Kaufleute) sind kapitalistische Schichten, sie beuten Lohnarbeiter aus, haben also mit der Klasse der Arbeiter keine gemeinsamen, sondern schnurstracks widersprechende Interessen. Mit diesen Schichten (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) ist vom proletarischen Klassenstandpunkt jedes Bündnis grundsätzlich unzulässig.

Unbeschadet dessen ist die proletarischrevolutionäre Politik bestrebt, den Interessen der Mittelbauern entgegenzukommen, sie von den Grossbauern zu trennen und zu neutralisieren. Dasselbe in den Städten bezüglich der Kleinkapitalisten.

Gegenüber Gross- und Mittelkapitalisten, gegenüber Grossgrundbesitzern und Grossbauern jedoch gibt es auch diese Entgegenkommen nicht, sondern nur entschiedenen, unerbittlichen Kampf. Nur auf Kosten dieser Schichten kann den Millionen der Arbeiter- und Mittelmassen geholfen werden.

Eine Partei - mag sie sich auch als Arbeiterpartei ausgeben -, die darauf ausgeht, ins Bündnis mit Mittel- und gar Grossbauern, mit Klein- oder gar Mittelkapitalisten zu gelangen, die wird durch eben diese Grundeinstellung gezwungen, den Kampf in allen solchen Fragen zurückzustellen, wo die Interessen dieser ersehnten oder schon gewonnenen kapitalistischen Bundesgenossen den proletarischen Interessen widersprechen. Sie wird den Kampf um den Reallohn, um die brennendsten wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter tatsächlich immer mehr dämpfen, unterlassen und sich immer mehr auf den Kampf für rein politische Losungen (auf "Freiheitslosungen", wie Gewerkschaftsfreiheit, Freiheit für die Arbeiterpresse, Freiheit für die Arbeiterorganisationen und dergl., siehe die Broschüre der RS, Seite 24/25) beschränken. Wer die Kundgebungen der SP(RS)/KP sorgfältig prüft, wird das gerade in der letzten Zeit immer deutlicher bemerken. So gibt zum Beispiel die schon erwähnte grundlegende Schrift der RS - sie ist vor kurzem erschienen - nicht eine einzige wirtschaftliche Kampflosung... Zwangsläufig führt diese Bündnispolitik zum Preisgeben lebenswichtiger proletarischer Interessen. Allerdings, die verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie findet dabei ihren eigensüchtigen Vorteil: auf Kosten der Arbeitermassen hebt sie sich mittelgeben dieser Politik durch parasitisches Ausnützen der Kampfkraft der Arbeitermassen empor zum "Anteil an der (kapitalistischen) Macht (und Schlüssel)".

#### IV. Das Gesetz der proletarischen Bündnispolitik wird durch das Auftreten des Faschismus nicht geändert!

Aber sagen SP(RS)/KP, durch das Aufkommen des Faschismus seien <sup>zwischen</sup> Proletariat und Linksbourgeoisie gegenüber der Rechtsbourgeoisie gemeinsame Interessen entstanden, die das Bündnis der Arbeiterklasse mit demokratischen Fraktionen des Bürgertums gegen den Faschismus, die eine auf dieses



Bündnis abzielende Politik rechtfertigen, ja angeblich nötig machen.

Solange die Bourgeoisie revolutionär war, solange sie um den Sturz der feudalen Herrschaft kämpfte, solange durfte, ja musste das Proletariat, die Kapitalistenklasse unterstützen sich mit ihr verbünden. Die Liquidierung des Feudalismus war ein Lebensinteresse auch der Arbeiterklasse, weil Voraussetzung des Entfaltens der Produktionskräfte und des proletarischen Klassenkampfes auf immer höherer Stufenleiter. Sowie der gemeinsame feudale Feind jedoch engiltig besiegt ist, gibt es zwischen Bourgeoisie, zwischen kapitalistischen Schichten und Proletariat keine wie immer gearteten Interessen, die ihnen auch nur vorübergehend gemeinsam wären.

In Frankreich währte der Kampf gegen den Feudalismus von 1789 bis Feber 1848. Damit war die bürgerliche Demokratie erkämpft. Das Proletariat begann nun den selbständigen Kampf um seine Interessen gegen die Bourgeoisie. In der Junischlacht 1848 schlug die Kapitalistenklasse die Arbeitermörderisch nieder. In der bonapartistischen Diktatur Napoleon III., errichtet Dezember 1852, kam sinnfälli g zum Ausdruck, dass die Bourgeoisie die Demokratie satt hatte. Auf den Schlachtfeldern des deutsch-französischen Krieges 1870/71 brach der Bonapartismus zusammen. Mit Recht haben da die französischen Arbeiter nicht die bürgerliche Demokratie wiederhergestellt, sondern die Diktatur des Proletariats in ihrer ersten, primitiven, unzulänglichen Form als Pariser Kommune aufgerichtet. Sie wurde niedergeschmettert. Die Bourgeoisie vernichtete alle proletarischen Stützpunkte, sie zerstäubte die Arbeiterklasse. So, auf der Grundlage des ohnmächtigen Proletariats, bei aufsteigender Gesamtlinie des Kapitalismus, fand sie wieder Lust zur bürgerlichen Demokratie. Heute, auf dem niedergehenden Ast der kapitalistischen Entwicklung sich bewegend, unter dem Druck der ungeheuren kapitalistischen Krise, beginnt die Monopolbourgeoisie mittels des Faschismus an der kapitalistischen Demokratie zu rütteln.

Nicht das Zuendeführen der bürgerlichen Demokratie ist heute die Grundaufgabe des französischen Proletariats - diese ist in Frankreich schon seit Jahrzehnten zuendegeführt - sondern das Verwirklichen der Kommune in der entwickelten Form; das Aufrichten der Diktatur des Proletariats ist heute die Grundaufgabe der französischen Arbeiterklasse.

Allein beweisen nicht die 15%ige Lohnerhöhung, die Vierzigstundenwoche ohne Lohnkürzung und die anderen Reformen der linkskapitalistischen "Volks"frontregierung, dass diesem Bündnis tatsächlich gemeinsame Interessen der Arbeiterklasse und der Linksbourgeoisie zugrundeliegen? Keineswegs!

Der Regenwurm an der Angel stellt nicht das Bündnis zwischen Fischer und Fisch her, sondern ist nur Köder, womit der Fischer den Fisch einfängt. Als 1918 die Massen in revolutionäre Bewegung gerieten, da blieb den kapitalistischen Fischern in Deutschland, Oesterreich kein anderes Mittel übrig, die proletarischen Fische für das kapitalistische Fischereisystem wieder einzufangen als - reichlichen Köder auszustreuen. Mit Hilfe der SP verwirklichten sie das grosse Angelmanöver. Alle möglichen Reformen wurden den Massen hingeworfen, die SP sang dazu verführerisch das schöne Lied von dem allmählichen, besonnenen Weg zum Sozialismus ohne grosse Opfer und sie flötete solange, bis sie die "aufgeregten" Massen "beruhigt" hatte. Als so mit Hilfe des sozialdemokratischen Lakaien die revolutionäre Schwungkraft der Massen genügend "besänftigt" war, begann die Bourgeoisie mit Hilfe der SP sich alle ihre "Opfer" doppelt, dreifach, zehnfach wieder einzubringen: Preiserhöhen, Rationalisieren, Intensivieren

der Arbeit, Inflation, 15. Juli 1927, Massenentlassungen, offene Lohnrauboffensive, Feberkatastrophe, gesteigerte Lohnrauboffensive - so folgt eines dem anderen, wobei die Stalinpartei wacker sekundierte.

Aehnlich in Frankreich. Die Krise hat die Arbeiter und Mittelmassen in revolutionäre Gärung versetzt. Da der Grossteil der Mittelmassen derzeit noch auf Seite der Arbeiterklasse, sieht die Rechtsbourgeoisie den Zeitpunkt zum erfolgreichen faschistischen Entscheidungsschritt noch nicht gekommen. Um die revolutionäre Gefahr für die kapitalistische "Ordnung" zu liquidieren, greift die Linksbourgeoisie mit Hilfe des sozialdemokratisch-stalinischen Lakaien zu demselben Manöver, das 1918/19 in Deutschland, in Oesterreich so erfolgreich angewendet wurde. Flugs wurden 15% Lohnerhöhung, Vierzigstundenwoche usw. "geopfert", Köder, nichts als Köder. Schon hat die kapitalistische Gegenoffensive eingesetzt, die das "Opfer" den kapitalistischen Räubern mehr als hereinbringen soll. Schon haben die kapitalistischen Banditen die Preise um 15 bis 30% in die Höhe getrieben. Weitere kapitalistische Gegenstösse der kapitalistischen Herren der Betriebe und des kapitalistischen Staatsapparates, woran die SP/KP nicht getastet haben, werden folgen. Nach austromarxistischem Muster - Blum ist die französische Uebersetzung des Otto Bauers, des urechten Kleinbürgers, der vor seinem eigenen Mut zurückschreckt - wird die SP-KP-"Einheitsfront" die Massen weiter "beruhigen", lähmen, zersetzen, die Mittelmassen enttäuschen, so dass diese nach rechts abwandern, bis schliesslich die Bedingungen für den Faschismus reif gemacht sein werden.

Die Strategie des grossen Feldzugs um die proletarische Diktatur verlangt bei der gegebenen Lage die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie (beziehungsweise den Kampf um die Wiederherstellung) als taktische Ausgangsposition. Die proletarischrevolutionäre Partei soll und muss in dieser Lage die Millionenmassen zum Entscheidungskampf, zum Aufrichten der proletarischen Diktatur mobilisieren, indem sie sie zunächst zur Verteidigung (zum Kampf um die Wiederherstellung) der bürgerlichen Demokratie tatsächlich in Bewegung setzt, ihnen dabei immer wieder propagandistisch, perspektivisch das revolutionäre Hauptziel weisend. Allein auch das Verteidigen der bürgerlichen Demokratie, auch den Kampf um deren Wiederherstellung, das kann die proletarische Partei (in den entwickelten kapitalistischen Ländern) wirksam niemals im Bündnis mit kapitalistischen Schichten, sondern nur im Kampf gegen die gesamte Kapitalistenklasse, ausschliesslich selbständig, aber unbedingt im Bündnis mit dem Halbproletariat und den armen Mittelmassen in Dorf und Stadt!

Das Bündnis der SPOe mit den Christlichsozialen, das Bündnis der SPD mit dem Zentrum ebnete dem Faschismus die Bahn; das Bündnis der SP/KP mit den Bürgerlichradikalen in Frankreich, Spanien arbeitet dem Faschismus in die Hände.

Wohl ist Spanien noch ein halbfeudales Land. Aber die kapitalistische Entwicklung ist hier im und nach dem Weltkrieg soweit vorgeschritten, dass eine Bündnispolitik mit der Linksbourgeoisie auch hier überholt ist. Die bürgerliche Revolution hat in Spanien schon 1820 begonnen. Die bürgerliche Demokratie heute in Spanien zu entföhren, das kann nur das spanische Proletariat in selbständiger proletarischrevolutionärer Massenaktion im Bündnis mit dem Halbproletariat und den armen Mittelmassen. Das Bündnis mit den Bürgerlichradikalen führt zwangsläufig dazu, dass die spanische Arbeiterklasse ihre mächtigste Waffe nicht anwenden kann, die den Franco-Banditen, die der ganzen Bourgeoisie den Boden unter den Füssen weggrissen, indem sie die Millionenmassen der Dorfarmut, die armen Bauernmassen in revolutionären Schwung brächte: die entschädigungslose Aufteilung des

7

Bodens der Grossgrundbesitzer, der Kirche, der Grossbauern auf die landarmen Bauern.

Wenn Parteien, die sich als proletarisch ausgeben, wie SP/KP, das Bündnis mit den Bürgerlichradikalen schliessen, so müssten sie wenigstens folgendes erfüllen: 1. Unausgesetzte Kritik vor den Massen an dem Verbündeten, 2. Unausgesetzte revolutionäre Propaganda, 3. Organisierung von selbständigen Positionen der Arbeitermacht durch Schaffung von Arbeiter-räten und selbständiger proletarischer Regimenter. Nichts von alledem. SP/KP treiben, wie überall, linksbürgerliche Politik; in Spanien ist das doppelte Verrat.

In Oesterreich begann der Kampf um die bürgerliche Demokratie 1848. 1918 stand das Proletariat vor der Aufgabe, die bürgerliche Demokratie zuendenzuführen. Statt diese Aufgabe im Bunde mit den halbproletarischen, mit den armen kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Massen zu vollenden und in die Diktatur des Proletariats überzuleiten, schloss die SP, "um den Arbeitern grosse Opfer zu ersparen" das Bündnis mit der christlichsozialen Kapitalistenpartei und führte das Proletariat, wobei ihr die Stalinpartei die Mauer machte, in die Feberkatastrophe und schliesslich in die faschistische Diktatur.

#### V. Praktische Schlussfolgerungen.

1. Ja, die Spannungen, Differenzen zwischen linksbürgerlichen Schichten, Parteien und der Rechtsbourgeoisie müssen vom Proletariat ausgenützt werden. Aber das geht nicht durch das Bündnis mit der Linksbourgeoisie, sondern n u r durch das Bündnis mit dem Halbproletariat und den armen Mittelmassen zum Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie.

Dieses Bündnis wieder kann nur im und durch den Kampf der zur Aktions-einheit geschlossenen Arbeiterklasse gegen die Gesamtbourgeoisie verwirklicht werden.

Und die einheitlich geschlossene Aktion der Arbeiterklasse kann nur erstehen in und durch die konsequent gegen die gesamte Kapitalistenklasse geführte proletarische Aktion.

Alles andere führt, muss führen zu Spaltung der Arbeiterklasse, zur Enttäuschung der Mittelmassen, zu deren verzweifeltem Abwandern nach rechts.

2. Die Massen können in der Richtung auf die Diktatur des Proletariats mobilisiert werden nur durch Anknüpfen an ihre dringendsten Interessen, also durch Kampf vor allem für ihre wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse in Verbindung mit beharrlicher Propaganda für die proletarischen Revolutionsziele, wozu insbesondere gehört die fortgesetzte Propaganda der entschädigungslosen Aufteilung des Bodens der Grossgrundbesitzer, der Kirche, der Grossbauern auf die landarmen Bauern.

SP(RS)/KP, die in Wirklichkeit das Bündnis mit kapitalistischen Schichten anstreben, geraten eben dadurch in grundlegenden Widerspruch: sie müssen um eben dieses Bündnisses willen den Kampf für die brennendsten Lebensbedürfnisse der Arbeiter tatsächlich immer mehr zurückstellen, was ihre Mobilisierungsanstrengungen durchkreuzt. Auch ihr n u r auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie, ja - in diesem Rahmen - zunächst sogar bloss auf das Wiederherstellen gewisser politischer Rechte der Arbeiter beschränkter Kampf wird dadurch gelähmt, weil nur die lebendige Verbindung mit dem Kampf für die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Arbeiter genügende Schwungkraft der Massen erzeugt. Dieser fundamentale Widerspruch der sozialdemokratisch-stalinschen Gesamtpolitik erklärt es, warum die 2 1/2-jährigen, quantitativ so bedeutenden Anstrengungen der SP(RS)/KP, die von grösstem Opferwillen der aktivsten Arbeiterelemente

getragen waren, irgendwelche halbwegs ansehnliche Massen nicht in Schwung zu setzen vermochten.

Die grosse Geschäftigkeit der SP(RS)/KP ändert nichts daran, dass ihre Politik in der Wirkung tatsächlich passiv ist. Sie läuft tatsächlich hinaus auf politisch passives Abwarten des "Abwirtschaften" des Faschismus und auf Nachhinken hinter dem spontanen Prozess des allmählichen Wiedererwachens der Arbeitermassen: 1. bis die Bourgeoisie mit dem Faschismus nicht weiter kann, weil sie mit der fortgesetzt gesteigerten faschistischen Offensive schliesslich die faschisierten Mittelmassen wieder abstossen, der Arbeiterklasse wieder nähern muss; 2. bis die Arbeitermassen spontan, aus sich selbst heraus, mit der Zeit langsam wieder in Bewegung geraten, was ja irgendwann kommen muss. Dann wollen die beiden Schmarotzerparteien aktiv eingreifen, sich der Bourgeoisie zum "Beruhigen" der "aufgeregten" Massen anbieten und dafür als Lohn einen entsprechenden "Anteil an der (kapitalistischen) Macht (und Schlüssel)" einheimen. Das führt dann wieder zum Faschismus, worauf dann dieser neuerdings abwirtschaftet und die kleinbürgerlichradikalen Parteien wieder Konjunktur bekommen. So kann die Bourgeoisie, zwischen kleinbürgerlichem Lakai und faschistischem Bluthund schaukelnd, die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung ins Unendliche fortsetzen - solange nicht die zu schaffende proletarische Revolutionspartei auf der Bühne der Geschichte erscheint und mit dem Schaukelspiel die kapitalistische Banditenherrschaft liquidiert.

3. SP(RS)/KP können ihre Verratspolitik nie und nimmer lassen. Sie entspringt nicht "Fehlern" einzelner Führer, selbst nicht der Parteileitung samt deren Apparat, sondern sie ist letzten Endes klassenmässig verwurzelt in der Oberschicht, der bereits verkleinbürgerlichten sozialdemokratischen, stalinschen Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie. Diese der Arbeiterklasse bereits klassenmässig entfremdete Oberschicht ist der tatsächliche Kopf der SP(RS), der Stalinpartei, der möglichst grosse Arbeitermassen hinter sich lockt, um sie für die kleinbürgerlichen, eigensüchtigen Macht- und Pfründeninteressen dieser Schmarotzerschicht auszunützen. SP(RS) und Stalinpartei sind nicht Arbeiterparteien, sondern kleinbürgerliche Parteien.

4. Zur revolutionären Mobilisierung der Massen ist nötig:  
a) Richtige, das heisst proletarische Einstellung in der Frage des Bündnisses mit anderen Klassen, Schichten, Parteien; das Proletariat darf sich nur verbinden mit solchen Schichten, die keine Arbeiter ausbeuten.

Allgemein gesprochen: klares Erfassen des grundsätzlichen Unterschiedes zwischen proletarischrevolutionärer und kleinbürgerlichradikaler Politik; das schliesst nicht aus, sondern begreift in sich, dass die proletarische Klassenpartei das Bündnis mit den kleinbürgerlichradikalen Parteien (SP(RS)/KP), sucht, ja durch Massendruck erzwingt (proletarische Einheitsfront).

b) Durchblicken des kleinbürgerlichen Klassencharakters der SP(RS)/KP.

c) Erkennen, dass die Arbeiterklasse ihre proletarische Klassenpartei überhaupt nicht hat, dass also die proletarische Revolutionspartei und deren internationale Organisation, die Vierte Internationale, erst herausgebildet, geschaffen werden muss, was seinerseits nur möglich ist unter grundsätzlichem Verwerfen und Bekämpfen des trotzkistischen Opportunismus in der Frage der Partei.

d) Verstehen, dass das Bündnis mit den armen Mittelmassen erkämpft werden muss und dass es und die proletarische Führung darin erkämpft wird nur in und durch die geschlossene Aktion gegen die Gesamtbourgeoisie,



Kerker heraus konnten sie nichts tun, dafür sorgten Stalins Schergen. In der Urteilbegründung wird ein Angeklagter beschuldigt, im Auftrage Trotzki's 1932 die Verbindung mit der Gestapo aufgenommen zu haben. Hitler kam mit Stalins Hilfe 1933 zur Macht. 1932 gab es überhaupt noch keine Gestapo... Aus allen Ecken und Enden stinken die Lügen empor, auf denen Anklage und Urteil aufgebaut wurden.

Sie waren proletarische Revolutionäre. Sie wollten ehrlich und ernstlich die proletarische Revolution. Ihre Strategie und Taktik war falsch, sie waren in Hauptsache Ultralinke. Sinowjew insbesondere neigte zum Putschismus. Doch individuellen Terror haben sie sogar dem Zarismus gegenüber als eine vom Standpunkt des proletarischrevolutionären Kampfes falsche, schädliche Methode grundsätzlich bekämpft. Sie sind unschuldig! Die wahre Schuld Sinowjews-Kamenews gegenüber dem Proletariat besteht darin, dass sie 1923-25 zusammen mit Stalin - der hielt sich damals noch im Hintergrund - begonnen haben, die Parteidemokratie zu zerstören, dass sie so mit den Grund gelegt haben zur Uebermacht der Stalinbürokratie, zur Entartung der Partei und, dass sie durch ihre seit 1925 immer wieder bewiesene Unklarheit und Wankelmütigkeit den Kampf um die Gesundung der Partei, dann den Kampf um das Herausbilden der proletarischen Klassenpartei und der Vierten Internationale wesentlich erschwert haben.

Gegen Trotzki vor allem ging dieser Prozess. Er sollte vor dem Weltproletariat kompromittiert werden. Doch jedermann, der auch nur einen Blick auf die gewaltige Arbeit wirft, die dieser Mann seit mehr als dreissig Jahren für die proletarische Revolution leistet, weiss, dass er wie alle echten proletarischen Revolutionäre ein prinzipieller Gegner des individuellen Terrors ist. Die verleumderische Anklage fällt auf den Meuchler Stalin zurück, der sie erhob.

#### Die wahren Gründe der stalinschen Mordtat.

Grosse Missstimmung herrscht unter den russischen Arbeitern. Ihre Ausbeutung ist ungeheuerlich, ihr Reallohn, ihre Lebenshaltung ist ausserordentlich tief. Die Stalinsippchaft nennt das Aufbau des - "Sozialismus". In der Tat, s i e führt dabei ein vortreffliches Leben. Längst schon sind die russischen Arbeiter durch die Stalinbürokratie aller Rechte in Betrieb, Gewerkschaft, Partei, Staat beraubt worden. Jetzt soll auch der letzte Schein dieser Rechte verschwinden; die Arbeiterrate werden beseitigt, ersetzt werden durch ein - Parlament. Die russischen Arbeiter stöhnen, seufzen unter der Ausbeuterpeitsche der vor Korruption stinkenden Stalinbürokratie, die nichts anderes kennt, als ihre egoistischen Interessen, ihre Macht und Pfründe. Die Unzufriedenheit der russischen Arbeitermassen ist im Anschwellen. Unzweideutig ist die Stimmung der Arbeitermassen in Russland g e g e n die Stalinwirtschaft, gegen die Stalinpolitik, gegen das Stalinsystem, gegen die Stalinbürokratie, gegen Stalin. So sprechen die russischen Arbeiter heute: Ach wäre doch Lenin hier und - sie sehnen Trotzki herbei! Oesterreichische, der Sache der Arbeiterklasse ergebene Proletarier, die in letzter Zeit aus Russland heimgekehrt sind, haben uns diese Nachricht überbracht, sie haben bestätigt, was wir selbst schon wussten.

Die spanische Revolution hat die enttäuschten, niedergedrückten russischen Arbeiter belebt und damit auch ihre Stimmung gegen Stalin, für Trotzki gestärkt. Trotzki vor der russischen Arbeiterschaft, vor dem Weltproletariat zu kompromittieren; den Prozess des revolutionären Wiedererwachens der Proletarier Russlands im Blute seiner halbwegs sichtbaren, möglichen, künftigen Führer zu ersticken - das war der erste und der Hauptzweck dieser Mordtat Stalins, der bewusst, planmässig darauf ausgeht,



die proletarischen Revolutionäre in Russland auszurotten. Gegen proletarische Revolutionäre, gegen das Proletariat ist der verräterische Stalinbürokratie jedes Mittel recht, jede Lumperei, jedes Verbrechen.

Der zweite Zweck ist aussenpolitischer Natur. Die Rechtsbourgeoisie aller kapitalistischen Länder kämpft wütend, um die Bündnisse Russlands mit kapitalistischen Staaten zu erschüttern, zu zerreißen. Sie sucht die Linksbourgeoisie Frankreichs usw. damit zu schrecken, ins Schwanken zu bringen, dass Stalin den Weg der Weltrevolution in Wahrheit nicht verlassen habe, dass er nur manövriere, dass er mit Trotzki ein Spiel mit verteilten Rollen spiele. Rein russischnationalistisch eingestellt, hat die Stalinbürokratie ihre ganze Politik auf diese Bündnisse mit kapitalistischen Staaten eingestellt, die proletarische Revolution preisgebend. Um die Bourgeoisie zu beruhigen, dass er die Weltrevolution, dass er die Sache der Weltarbeiterklasse wirklich und endgiltig verraten, griff Stalin zum blutigen Beweis durch Hinrichtung der unschuldigen Sinowjew und Genossen.

#### Die voraussichtlichen Wirkungen des stalinschen Mordkurses.

Die durch den Stalinismus in Russland hervorgerufenen neuen kapitalistischen Elemente, die sich derzeit noch grellrot anstreichen und erzstalinistisch gebärden, werden dadurch gestärkt. Stalin wird das durch Morde an den Rechten aufzuhalten suchen und dadurch noch mehr beschleunigen. Er wird Russland noch viel weiter nach rechts führen, bis er sich selbst auch den schmalen Boden, auf dem er noch steht, unter den Füßen weggezogen haben wird, bis die heute getarnt, auf Schleichwegen sich emporwühlenden neuen kapitalistischen Elemente offen zum Entschleichen übergehen werden. Der Zeitpunkt naht, da die neue russische Bourgeoisie offen handeln wird, ihrem stalinschen Mörder, der die Pflicht des Wegbereitens für sie so glänzend erfüllt, den blutigen Fusstritt geben wird, um in Russland wieder die kapitalistische Staatsmacht aufzurichten.

Eine gewisse Einschüchterung hat Stalin durch die Ermordung der sechzehn gewiss erreicht. Doch nur vorübergehend. Denn die Tat schafft Klarheit über seine in Wirklichkeit antiproletarische Einstellung. Die gegen Stalin gerichtete Missstimmung der Arbeiter wird dadurch erst recht verbreitert, vertieft werden. Das wird es erleichtern, den illegalen Neuaufbau der proletarischen Revolutionspartei in Russland besser als bisher fortzuführen, um durch Ueberwinden des Stalinismus, der Stalinbürokratie den entarteten proletarischen Staat wieder zu dem zu machen, wozu er 1917 in der Oktoberrevolution errichtet wurde: zu einem Instrument der Weltrevolution, dem über alles das Bündnis mit den Arbeitern aller Länder und das Bündnis mit den geknechteten kolonialen Volksmassen auf der ganzen Welt geht!

Das Vertrauen der Bourgeoisie in die verräterische Rolle Stalins hat dessen blutige Hemkerstat sicherlich erhöht; aber sie wird immer neue Beweise fordern und als endgiltigen Beweis - die Aufrichtung eines offen kapitalistischen Russlands.

Wird das russische Proletariat imstande sein, das zu durchkreuzen, zu verhindern? Nur die Geschichte vermag das zu beantworten. Aber die Möglichkeit, die Aussicht dazu ist gegeben. Der Bandit Stalin hat schon tausende Revolutionäre gemordet, um die russische Arbeiterschaft zu köpfen, doch noch immer sind die grossen Erinnerungen und Lehren der Oktoberrevolution in den russischen Arbeitermassen nicht erstorben.

Wieder beginnen die Wellen der Weltrevolution aufzusteigen. Trotz Sozialdemokratie, trotz Stalinismus! Spanien ist erster Anfang. Ueberall beginnt sich die Arbeiterschaft wieder zu beleben. Das fördert das Heraus-



